

GEW kündigt Demonstration für den 29. Januar an „Schluss mit prekär! 2024 endlich gerechte und faire Arbeitsbedingungen für die Erwachsenenbildung in Hamburg!“

„Stadt der Guten Arbeit“ ist eine zentrale Forderung des Hamburger rot-grünen Koalitionsvertrags von 2020. Dort steht: „In allen von der Stadt beeinflussbaren Bereichen müssen die Prinzipien von ‚Guter Arbeit‘ gewährleistet werden.“

„In der Branche der Erwachsenenbildung ist das ganz und gar nicht der Fall,“ kommentiert **Sven Quiring**, Vorsitzender der GEW Hamburg. „Hier arbeiten die Lehrkräfte weitgehend prekär, das heißt zu schlechten Honoraren und Löhnen, von denen man kaum leben, geschweige denn eine Familie ernähren kann. Vielfach ohne soziale Absicherung wie Kranken- oder Rentenversicherung, ohne Tarifverträge. Das sind die Prinzipien schlechter Arbeit! Die Lehrkräfte und die GEW als ihre Gewerkschaft sind nicht bereit, das länger hinzunehmen!“

Konkret betroffen sind zum Beispiel die freiberuflichen arbeitnehmerähnlichen Kursleitungen an der Volkshochschule Hamburg.

„Ich musste mich vor wenigen Tagen gegen das dringende Anraten der Ärzte aus dem Krankenhaus entlassen, weil ich mir als alleinerziehende Mutter mangels Rücklagen nicht erlauben konnte, auf die Einkünfte zu verzichten“, so eine Kursleiterin gegenüber der GEW. Die betroffene Kollegin steht der Presse am 29. Januar zur Verfügung, um darüber informieren, wie sich arbeitnehmerähnliche Kursleitung an der VHS ohne soziale Absicherung auswirkt.

„Es ist skandalös, dass die Hamburger VHS als städtischer Betrieb die Gesundheit der arbeitnehmerähnlichen Kursleitungen aufs Spiel setzt, indem sie Ihnen eine Honorarfortzahlung im Krankheitsfall verwehrt,“ so **Quiring**.

Rot-Grün lehnt bisher ab, den Hamburger Haushalt so auszustatten, dass die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt werden können. Andere Stadtstaaten, Großstädte und Kommunen (z. B. Berlin, Bremen, Frankfurt a. M.) haben Hamburg überholt und beteiligen sich zur Hälfte an den Sozialversicherungskosten ihrer freiberuflichen arbeitnehmerähnlichen Kursleitungen.

Demonstration am 29.01.2024, Treffpunkt 15:30 Uhr, Burchardtstraße 19, Demoweg: Von der Grünen-Fraktion zur SPD-Fraktion (Rathausmarkt 1)

Die GEW fordert:

- Endlich einen Branchentarifvertrag für die Erwachsenenbildung mit festen Stellen für die Lehrkräfte und einer Eingruppierung analog E13 TVÖD,
- endlich eine Obergrenze für Unterrichtseinheiten bei fest angestellten Lehrkräften: nicht mehr als 25 Unterrichtseinheiten bei einer Vollzeitstelle,
- endlich eine soziale Absicherung der arbeitnehmerähnlichen Honorarlehrkräfte bei der VHS und bei anderen Trägern: hälftige Beteiligung an den Sozialversicherungsbeiträgen, Ausfallhonorar bei Krankheit...

../2

- endlich Honorare, von denen die Lehrkräfte leben können,
- endlich von der Bürgerschaft eine entsprechende Ausstattung des Hamburger Haushalts und Hamburger Initiativen auf Bundesebene für die Belange der Lehrkräfte, damit noch in dieser Wahlperiode die Versprechungen der Ampel endlich umgesetzt werden

Rückfragen: Detlef Zunker, GEW-Weiterbildungsexperte, 0170 - 5847089